

Wahlzeitung

DIE LINKE.

LANDTAGSWAHL 2021 · ALTMARKKREIS SALZWEDEL · DIE LINKE - SACHSEN - ANHALT . DE



Unsere Sorgen

Altmark keine Müllhalde!

Die Altmark ist eine historische Kultur- und mittlerweile auch vielfältige Tourismuslandschaft.

In den letzten Jahrzehnten aber wurde die Altmark immer wieder durch Versuche erschüttert, hier Müll und Gifte langfristig abzulagern.

Die Bewohner:innen der Altmark haben sich in der Vergangenheit erfolgreich gegen eine Erdölerprobung und auch gegen die CO₂-Verpressung gewehrt, denn in der Altmark existiert durch die Bohrschlammgrube Brüchau und die in ihr gelagerten hochgiftigen Abfälle ohnehin schon eine besondere



re Umweltbelastung für die hier wohnenden Menschen. Außerdem gibt es noch hunderte nicht sanierte Bohrschlammgruben. Deshalb ist es niemandem mehr vermittelbar, dass die Altmark auch nur ins Gespräch gebracht wurde als Endlager für Atom- müll.

Die Ankündigung einer solchen Standortprüfung der Altmark ist ein erneuter Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die sich für eine Wiederbelebung der Region durch naturnahen Tourismus und als attraktiven Wohnstandort stark gemacht haben.

Gerade die Altmark hat bereits heute, und zwar mehr als andere Regionen, durch eine relativ hohe Anzahl an Windkraft- und Solaranlagen zur notwendigen Energiewende beigetragen. Deshalb lehnen wir ein Atom- müll-Endlager in Sachsen-Anhalt ab. Wir sind nicht die Müllhalde der Nation.

Andreas Höppner



Solidarität und Verantwortung

Eva von Angern gehört zu denen, die ihrer ostdeutschen Heimat auch in schwierigsten Zeiten nicht den Rücken gekehrt haben. Politisch positioniert hat sich die Rechtsanwältin für die Linken in den 1990er Jahren, in denen wir jeden Tag im Kreuzfeuer der Kritik standen. Eines zeichnet die dreifache Mama besonders aus: Sie ist eine, die sich Herausforderungen mutig stellt und einen starken Willen zum Gestalten hat – allen Widerständen zum Trotz. Eva engagiert sich auch für die, die oft ihre Rechte und Anliegen nicht selbst vertreten können – für die Kinder und die Alten. Ihnen gehört ihr Herz. Dietmar Bartsch



Freifahrt- schein für den ÖPNV

Wir bleiben dran. Die Forderung der LINKEN zur kostenfreien Nutzung des ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler und Auszubildenden steht nach wie vor. Dies würde nicht nur zu einer finanziellen Entlastung vieler Familien führen, sondern auch eine Antwort auf die Forderungen aus den Klimadebatten sein. Die bisherige Einführung eines Ausbildungstickets im Land ist für uns bei weitem nicht die Antwort auf unsere Forderungen.

Auf wiederholter Initiative der LINKEN kam es auch zu einer erfolgreichen Koordination zwischen der NASA, der PVGS sowie der Kreis- und Lokalpolitik. Für viele Bürgerinnen und Bürger des Altmarkkreises, die täglich nach Wolfsburg zur Arbeit fahren oder nur die Infrastruktur auf Grund der Ortsnähe nutzen, wurde damit ein jahrelanger Wunsch erfüllt. Und nicht zuletzt wurden damit Weichen für eine bessere touristische Erschließung des Naturparks Drömling gestellt.

Augenhöhe und Vertrauen

Im Gespräch mit Eva von Angern, Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE und Spitzenkandidatin zur Landtagswahl.

Sie waren gerade Mitte 20 und noch Studentin, da zogen Sie erstmals in den Landtag ein. Das war im Jahr 2002. Warum wollten Sie in die Politik?

Politisch aktiv war ich schon lange zuvor, allerdings weniger parteipolitisch. Ich habe mich gegen Rechtsextremismus engagiert. Die schrecklichen Vorfälle in Mölln und Rostock-Lichtenhagen haben mich sehr politisiert. 2002 wurde ich dann gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, für die PDS zu kandidieren. Zu dem Zeitpunkt wusste ich nicht, was das wirklich bedeutet, als Abgeordnete zu arbeiten. Ich hatte gerade mein erstes juristisches Staatsexamen in der Tasche, dazu einen zweijährigen Sohn. Als ich dann tatsächlich auf den Listenplatz 13 gewählt wurde, war ich überrascht. Das war ein enormer Vertrauensvorschuss. Und das hat mein Leben völlig durcheinandergebracht. Ich befand mich noch im Referendariat, wollte das Jurastudium unbedingt beenden. Ich weiß noch genau, dass ich damals mit meiner Fraktionsvorsitzenden Petra Sitte gesprochen hatte und sie klar sagte, du machst dein zweites Staatsexamen. Ein Riesenkraftakt, aber ich würde mich immer wieder so entscheiden.

Aus dem Vertrauensvorschuss wurde offensichtlich Vertrauen. Seit Dezember 2020 sind Sie Fraktionschefin. Welche Erwartungen haben Sie an sich selbst und spüren Sie da auch einen inneren Druck? Denn sicherlich sind damit ja auch Hoffnungen verbunden?

Der Druck ist enorm und ist nochmal stärker geworden, als ich Ja zur Spitzenkandidatur gesagt habe. Grundsätzlich bin ich ein ehrgeiziger Mensch, ich möchte aber auch Spaß haben und auf Augenhöhe arbeiten. Und ja, ich möchte auch erfolgreich sein. Insofern kommt der größte Druck von mir selbst. Es gibt aber viele Menschen um mich herum, die mich tatkräftig unterstützen und die mir vertrauen. Da ist ein Geben und Nehmen. Die Herausforderung ist, werde ich meinen eigenen Ansprüchen gerecht und denen Dritter? Ich kenne diesen Charakterzug von mir. Mittlerweile bin ich 44 Jahre alt und habe gelernt, damit umzugehen. Manchmal stelle ich mich ganz entspannt neben mich und sage: Eva, komm mal runter, schau mal, was du geschafft hast und sei einfach mal stolz darauf.



Foto: Bayk Weber

Männliche Abgeordnete werden kaum bis gar nicht befragt, wie sie denn Familie und diesen Politikjob zusammenbekommen. Sie haben drei Kinder. Wie bekommen Sie das hin?

Wir kriegen das hin, weil wir ein wunderbares soziales Umfeld haben: Familie, viele Freunde, gute Nachbarn. Wenn meine Familie nicht gesagt hätte, mach das, hätte ich es nicht getan. Ich habe vor einiger Zeit das Angebot, als Justizministerin in Brandenburg zu arbeiten, wegen meiner Kinder abgelehnt. Bin da auch im Reinen mit mir, diese berufliche Chance nicht genutzt zu haben. Trotzdem bleibt, wenn ich unterwegs bin, immer ein Stück schlechtes Gewissen, dass meine Familie und die Freunde zu kurz kommen.

Das Netzwerk gegen Kinderarmut wurde von Ihnen mitbegründet. Die Pandemie hat jetzt unabwiesbar offengelegt, dass besonders einkommensschwache Familien davon betroffen sind. Wie sehr trifft das auf Sachsen-Anhalt zu und konnten Sie aus der Opposition heraus etwas für die betroffenen Kinder und Eltern tun?

Mich bewegt diese unfassbare Ungerechtigkeit ungemein. In meiner ersten Wahlperiode war Kinder- und Jugendpolitik mein Fachthema. Die Zahlen armer Kinder und Jugendlicher waren damals ähnlich hoch. Im Finanzausschuss konnte ich dann sehen, dass selbst in wirtschaftlich guten Zeiten die fließenden Steuereinnahmen zu keinem Zeitpunkt diesen Kindern und Jugendlichen zugutekamen. Mir wurde klar, da müssen wir überparteilich aktiv werden, und ich bin wirklich stolz darauf, auch in Sachsen-Anhalt ein solches Netzwerk mit auf den Weg

gebracht zu haben. Das muss ernst genommen und dringend verändert werden. Was ich nicht nachvollziehen kann, ist, warum man dann aber Parteien wählt, die definitiv keine Antworten haben, gern aber in der Wunde rumstochern. Ich erwarte schon, dass genau hingeschaut wird, wo welche Partei Konzepte hat, um meine persönliche Situation oder die meiner Familie zu verbessern. Ich habe mir in all den Jahren die Fähigkeit bewahrt, viel zuzuhören und miteinander zu reden. Dazu gehört auch manchmal als Politikerin, klar zu sagen, da kann ich dir nicht helfen, weil das an anderer Stelle entschieden wird. Einfache Antworten auf schwere Fragen, die gibt es nicht. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die Sachsen-Anhalter:innen genau hinschauen, wer wirklich ihre Interessen am besten vertritt.

Zukunftsforscher sagen, Zukunft hänge besonders von denen ab, die sie aktiv gestalten. Es müsse mehr über das Morgen als über das Heute nachgedacht werden. Das ist Aufgabe von Politik. Welche Zukunft möchten Sie für Sachsen-Anhalt?

Ich würde mir so sehr wünschen, dass wir irgendwann nicht mehr über das Thema Kinderarmut reden müssen. Ich möchte, dass die Forderung »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« irgendwann überflüssig ist, weil Menschen in Ost und in West und egal ob Mann oder Frau nicht nur das Gleiche für ihre Arbeit verdienen, sondern von ihrer Arbeit auch gut leben können. Wir brauchen eine andere Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Ich erachte gerade in der momentanen Situation mehr Mitspracherecht der Menschen in Sachsen-Anhalt für erforderlich. Ein »Pandemierat«, in dem Landtag, Landesregierung, Wissenschaft und Forschung, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kunst- und Kulturschaffende gemeinsam über den besten Weg aus dieser Krise beraten, wäre ein sinnvolles, notwendiges Gremium. Es reicht nicht, die Maßnahmen von oben nach unten durchzudrücken. Sie müssen verstanden und mitgetragen werden. Diesen Ansatz zu pflegen, mehr miteinander, mehr Solidarität zu wagen, das ist aus meiner Sicht das wichtige Zukunftsthema und dafür tragen wir als LINKE Verantwortung. Das Gespräch führte Gisela Zimmer.

gebracht zu haben. Ich habe da engagierte Partner:innen bei vielen Sozialverbänden, den Gewerkschaften, der SPD, CDU und bei Bündnis 90/Die Grünen gefunden. Besonders gefreut habe ich mich, dass mein Antrag im Landtag, das Kindergeld nicht auf den Hartz-IV-Bezug anzurechnen – dass der tatsächlich von allen demokratischen Fraktionen mitgetragen wurde. So wie der Antrag von mir und meiner Fraktion eingebracht wurde, wurde er auch beschlossen. Es ist manchmal durchaus möglich, auch aus der Opposition heraus erfolgreich zu sein, wenn man ein Thema glaubwürdig vertritt und dranbleibt.

Sachsen-Anhalt hat gesellschaftliche Verschiebungen aushalten müssen. Auch erhebliche nach rechts. Nicht selten aus Frust oder aus dem Gefühl heraus, mit den eigenen Nöten nicht ernst genommen zu werden. Können Sie das verstehen?

Was ich verstehe, sind Unsicherheit und Existenzängste. Mit großer Sorge beobachte ich, dass bis zu 60 Prozent der Jugendlichen Angst vor der Zu-

Gesundheitsversorgung vor Ort

In der Altmark ist es mehr und mehr für viele Menschen erlebbar, dass der Mangel an Ärzt:innen zu einer angespannten Situation bei der ambulanten und stationären Versorgung geführt hat. Neben der hausärztlichen Versorgung ist die Versorgung mit Kinderärzt:innen und Augenärzt:innen betroffen. Absehbar sind zudem Engpässe in der zahnmedizinischen Versorgung. Dies lässt sich nur langfristig beheben. Zuerst benötigen wir mehr Medizin-Studienplätze. DIE LINKE fordert daher, dass dafür in der Landespolitik endlich die Weichen gestellt werden.

Auch in der stationären medizinischen Versorgung stehen wir vor großen Problemen. Die 2004 vollzogene Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf diagnosebezogene Fallpauschalen führte, wie auch von der LINKEN zu Recht kritisiert, zu einer Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung. Das bedeutet, dass wirtschaftliche Belange im Gesundheitswesen Vorrang vor medizinischen haben. Für die Krankenhäuser heißt das konkret, dass mehr Patienten mit weniger Personal in weniger Betten versorgt werden müssen. Dadurch konzentrieren sich Kliniken auf die Erbringung einträglicher Leistungen. Die Basisversorgung ist damit nicht mehr gewährleistet. Abhilfe kann hier nur eine auskömmliche Finanzierung der Basisversorgung im ländlichen Raum schaffen: Personal, Material und Betrieb der Kliniken müssen ausfinanziert sein.



Altmarkklinikum
Standort
Gardelegen *noch*
mit Kinderstation

Verschärft wird die Schieflage noch durch eine pflichtwidrig unzureichende Investitionsfinanzierung durch das Land. DIE LINKE wird nicht hinnehmen, dass zu Lasten der Beschäftigten der Krankenhäuser weiterhin wie in der Vergangenheit im Rahmen von »Zukunfts-Sicherungs-Tarifverträgen« über Lohnverzicht das finanzielle Überleben der Kliniken gesichert werden muss. Diese Politik des Landes

und des Bundes hat letztendlich zu einer unzureichenden personellen Ausstattung der Kliniken und einer an die Grenzen stoßenden Mehrbelastung des vorhandenen Personals geführt.

Daher ist die Sicherung einer stationären Grundversorgung, einschließlich der stationären Kinderheilkunde und eine vollständige Abkehr von den diagnosebezogenen Fallpauschalen unum-

gänglich. Diese Abkehr ist dringlich, da einmal zurückgebaute Strukturen nur sehr schwer oder gar nicht wiederhergestellt werden können. DIE LINKE wird sich in der Landespolitik für eine koordinierte und überregional abgestimmte Planung einsetzen und dafür Sorge tragen, dass das notwendige Personal und Technik auf der Grundlage geltender Tarifvereinbarungen finanziell abgesichert werden.

Nicht zu Lasten der Beschäftigten!

Beispiel Altmarkklinikum: In den Jahren 2013 bis 2017 benötigte das Altmark-Klinikum ca. 14,5 Millionen Euro, um seine Infrastruktur zu erhalten. In der gleichen Zeit erhielt das Klinikum 2,8 Millionen Euro pauschale Fördermittel vom Land Sachsen-Anhalt. Es hat in fünf Jahren somit ca. **11,7 Millionen Euro** aus eigenen Mitteln finanziert. Das steht in krassem Widerspruch zum Krankenhausfinanzierungsgesetz, das eine auskömmliche Finanzierung für Investitionen der Krankenhäuser durch die Bundesländer gesetzlich fest schreibt. Von 1991 bis 2017 hat das Land Sachsen-Anhalt seine Ausgaben um 85,2 Prozent (Investitionsmittel) für Krankenhäuser gesenkt. Damit ist das Land Sachsen-Anhalt Schlusslicht im bundesweiten Vergleich.

Das Altmark-Klinikum hat sich durch hohe Produktivität, Personaleinsparungen und laufende Umstrukturierungen gegen die Unterfinanzierung

gestemmt. Dabei wurde die Fachkräftequote trotzdem auf einem hohen Niveau gehalten. In den Jahren 2016 und 2017 hat das gesamte Personal wegen der angespannten finanziellen Situation auf ca. 2,6 Millionen Euro unter der Voraussetzung verzichtet, dass die Vergütung weiterhin nach TVöD bzw. TV Ärzte erfolgt.

Nach dem Zusammenschluss zur Salus Altmark Holding im Jahr 2018 war eine der ersten Maßnahmen des neuen Aufsichtsrates unter der Führung der Staatssekretärin im Gesundheitsministerium Frau Bröcker (SPD) und eines Vertreters des Finanzministeriums (CDU), den Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband (VKA) für das Altmark-Klinikum zu veranlassen. Ziel war offenbar, die Personalkosten zu reduzieren und die Tarifentwicklung anzuhalten. Das hatte zur Folge, dass der Bereich Salus von der öffentlichen Tarifentwicklung abgehängt wurde, obwohl es ei-



Dr. Ilja Karl

ne landeseigene Einrichtung ist. 2017 erhielt eine Pflegefachkraft der Salus fast 400 Euro brutto/Monat weniger als eine Pflegefachkraft im Bereich TVöD der Länder, der als Referenztarif dient. Es scheint nach wie vor beabsichtigt zu sein, die Daseinsvorsorge zu Lasten der Beschäftigten weiter zu verschlechtern, da das Land Sachsen-Anhalt und die Salus Altmark-Holding auf umfangreiche und zeitraubende Tarifverhandlungen bestehen, anstatt den TVöD-L oder TVöD-K, in denen alles geregelt ist, anzuwenden.

Das Altmarkklinikum ist ein unverzichtbarer Bestandteil bei der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung in unserer Region, gerade wegen der territorialen Lage im Altmarkkreis. Wir fordern deshalb einen öffentlichen Klinikverbund der kommunalen Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt, die Abkehr vom Fallpauschalen-System und eine Rückkehr zu tariflicher Vergütung der Beschäftigten.

Mehr Chancen durch bessere Bildung – für alle und von Anfang an!

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft – das bestreitet kaum jemand. Doch getan wird dafür seit Jahren viel zu wenig. Die schlimmsten Defizite in unserem Schulsystem sind der Lehrkräftemangel, die fehlende Perspektive für die Schulsozialarbeit, der Stillstand auf dem Weg zu einer inklusiven Schule, die mangelnde Integration von Schüler:innen mit Migrationserfahrungen und nicht zuletzt der Rückstand in der digitalen Ausstattung. Das sind die Folgen von fast 20 Jahren CDU-Regierungen in Sachsen-Anhalt, in denen die Qualität der schulischen Bildung und der Schulabschlüsse immer weiter gesunken ist. Wir wollen das ändern und den Mangel in unseren Schulen beenden.

Während der Zeit der Pandemie wurden durch die teilweise oder vollständige Aussetzung des Präsenztunterrichts viele Schüler:innen in ihrer Entwicklung zusätzlich benachteiligt. Wir wollen die erforderlichen Ressourcen mobilisieren, um diese Nachteile auszugleichen. Durch höhere Investiti-

onen in Bildung wollen wir verhindern, dass der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen weiterhin so stark von ihrer sozialen Herkunft abhängt.

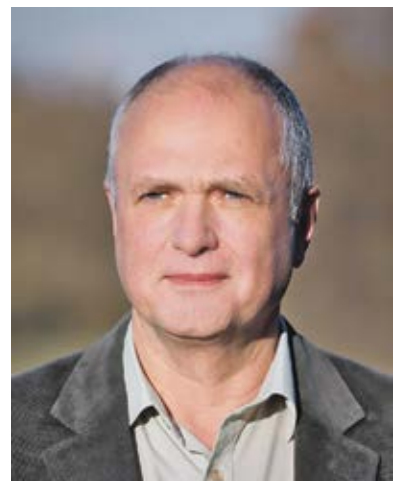
Dazu zählt eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive, um schnellstmöglich bis zu 2 000 zusätzliche Lehrkräfte und bis zu 1 000 zusätzliche pädagogische Mitarbeiter:innen bedarfsgerecht in den Schulen einsetzen zu können. Es gilt aber auch, digitale Lernformen künftig für alle nutzbar zu machen. Dafür sollen die Schulen schneller Glasfaseranschlüsse für ein leistungsfähiges Internet und jede Schülerin und jeder Schüler ein internetfähiges Gerät und einen Internetzugang erhalten.

In den letzten Jahren haben sich die Gemeinschaftsschulen als Schulform für längeres gemeinsames Lernen etabliert, weil hier die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg länger offengehalten wird. Diese Schulform wollen wir wieder stärker fördern. Gemeinschaftsschulen sollen durch

mehr praxisorientiertes Lernen ein polytechnisches Profil herausbilden. Außerdem sollen sie künftig alle schulischen Abschlüsse einschließlich der Fachhochschulreife und des Abiturs anbieten können.

Unsere besondere Unterstützung brauchen vor allem die vielen Schüler:innen, die jedes Jahr unsere Schulen ohne einen regulären Schulabschluss verlassen. Für sie ist es äußerst schwer, später im Leben richtig Fuß zu fassen – für sie und für uns alle werden wichtige Potenziale vergeudet. Wir wollen deshalb durch mehr individuelle Förderung sowie Angebote für »Produktives Lernen« und »Werkstattunterricht« die Möglichkeiten zur Erlangung eines Schulabschlusses verbessern und erweitern.

Bei der Bildung kommt es vor allem auf einen gelingenden Anfang an. Deshalb müssen die Kindertageseinrichtungen noch stärker als Orte frühkindlicher Bildung profiliert werden, wo die Kinder in der Gemeinschaft aufwachsen, sich



Thomas Lippmann

entwickeln und voneinander lernen können. Wir wollen, dass alle Kinder die Tageseinrichtungen wieder uneingeschränkt für täglich 10 Stunden besuchen können und dieser Besuch für die Eltern beitragsfrei ist. Außerdem wollen wir bis zu 3 000 Erzieher:innen zusätzlich einstellen und die Arbeit mit dem bewährten Programm »Bildung elementar« intensivieren.

Sachsen-Anhalt soll sich zu einem Bildungsland mit besseren Chancen für alle entwickeln und das von Anfang an!
Thomas Lippmann

Wer bezahlt die Krise?

Die Landtags- und Bundestagswahl 2021 werden mit ihrem Ausgang eine Frage beantworten, die die Politik der nächsten Jahre dominieren wird. Die Frage lautet: Wer bezahlt die Krise? Hier stehen sich zwei Strategien gegenüber.

DIE LINKE will für gute Schulen, gute Kinderbetreuung, für ein leistungsfähiges staatliches Gesundheitswesen, für eine Rentengarantie und vieles mehr die öffentlichen Haushalte stärken. Dazu braucht es Geld und dieses Geld ist ausreichend in unserer Gesellschaft vorhanden.

Auch und gerade während der Krise wuchsen sowohl international als auch in Deutschland die großen Vermögen weiter stark an, während viele Menschen in unserem Land in existenzielle Bedrängnis gerieten. Diese Entwicklung vollzieht sich aber schon seit vielen Jahren. Der frühere SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte zusammen mit den Grünen eine grundgesetzkonforme Vermögensbesteuerung verhindert. Angela Merkel hat diese Politik zugunsten einiger Tausend Familien in der Bundesrepublik fortgeführt. Und selbst jetzt, in der Corona-Krise, reagiert die CDU auf die Vorschläge, endlich die Superreichen für die Finanzierung der Krise heranzuziehen, allergisch und malt Schreckensgespenster an die Wand. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich mit den Mächtigen anlegt. Wir for-



dern eine Vermögensabgabe, die über einen Zeitraum von 20 Jahren jährlich zwischen 17 und 34 Milliarden Euro zur Unterstützung der öffentlichen Daseinsfürsorge bereitstellen würde. Übrigens ist diese Idee im Grundsatz nicht neu. Sie ist schon einmal in der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt worden, und zwar von dem CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Mit diesem Vorschlag trifft DIE LINKE den Nerv der Menschen in Sachsen-Anhalt. Im September 2020 befragten 62 Prozent der Befragten in unserem Land nach einer von uns beauftragten Umfrage zu Stimmungen und Meinungen im Land eine solche Vermögensabgabe zur Finanzierung

der Kosten der Pandemie, übrigens auch 65 Prozent der befragten CDU-Wähler:innen. Aber ganz gleich ob Vermögensabgabe oder Vermögenssteuer, die direkt in den Landeshaushalt fließen würde, die Besteuerung der großen Vermögen hat auch noch eine andere Funktion. Die starke Konzentration von Geld in den Händen des reichsten Tausendstels in Deutschland hat fatale Auswirkungen auf unsere Gesellschaft insgesamt, denn Konzentration von Geld ist immer auch eine Konzentration von Macht. Macht, die sich politisch nicht kontrollieren lässt, sondern so stark ist, dass gewählte Politiker:innen wie Bettler um die Gunst der Superreichen ringen. So etwas aber macht eine Gesellschaft kaputt und deswegen ist es wichtig, die finanzielle Macht einiger weniger zu beschneiden.

Natürlich kennen wir die Argumente der Gegner:innen einer solchen Vermögensbesteuerung. Sie verbreiten Falschmeldungen und behaupten, dass dann das sprichwörtliche kleine Häuschen von Oma und Opa vom Staat weggenommen werden würde, was natürlich Unsinn ist. Die Vorschläge einer solchen Vermögensbesteuerung gehen von Freibeträgen pro Person von bis zu zwei Millionen Euro aus. Erst ein Vermögen, das darüber liegt, würde überhaupt zur Besteuerung herangezogen werden und jährlich das Vermögen zwischen 0,5 und 2 Prozent belasten. Das gesamte zusätzliche Steuerauf-

kommen würde – je nach Ausgestaltung – zwischen 70 und 93 Prozent von dem reichsten Tausendstel der Bundesrepublik getragen werden.

Natürlich gibt es auch andere Wege, die Kosten der Krise zu finanzieren. Bereits im Januar diesen Jahres hat CDU-Finanzminister Richter gefordert, dass der Haushalt Sachsen-Anhalts für 2022 um etwa 7,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2021 zusammengestrichen werden muss. Berücksichtigt man dabei, dass sich viele Ausgaben gar nicht so schnell senken lassen, bedeutet ein solches Vorhaben ein radikales Zusammenstreichen von vielen Dingen, die uns wichtig sind. Die Kommunen würden noch ärmer werden. Es könnte kein Personal für Schule und Polizei eingestellt werden. Krankenhäuser würden weiter an Private verkauft und damit dem öffentlichen Einfluss entzogen werden.

Das sind die Alternativen, die 2021 zur Wahl stehen. Eine Wahl zwischen LINKE und CDU im Juni in Sachsen-Anhalt und im September bundesweit. Und weil es entscheidend ist, welche dieser beiden Möglichkeiten Realität wird, ist es so wichtig, dass jede:r zur Wahl geht. Noch eine letzte Bemerkung: Im Gegensatz zur LINKEN sagt die AfD nicht, woher sie das Geld für ihre Forderungen nehmen will. Eine Vermögensbesteuerung lehnt sie genauso ab wie die CDU, weil sie sich – auch wie die CDU – mit den wirklich Mächtigen in diesem Land nicht anlegen will.

Neustart nach Corona erfordert neuen Lastenausgleich

Die Corona-Pandemie stellt die Kommunen personell und finanziell vor besondere Herausforderungen, denn sie sind es, die die getroffenen Maßnahmen umzusetzen haben. Sie sind das Rückgrat der Gesellschaft. Die Verwaltung muss trotz weitgehender Arbeit im Homeoffice funktionsfähig gehalten werden und für die Bürger:innen erreichbar sein. Besonders gefordert sind die Gesundheits- und Ordnungsämter, die jedoch weder personell noch finanziell für die bestehende Situation ausgestattet sind. Vielmehr rächt sich jetzt, dass gerade im Gesundheitsbereich über die Jahre Stellen den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen sind, mit der Folge nunmehr völlig überlasteter Gesundheitsämter. Der Bund hat zwar schnell finanzielle Hilfen für Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen im öffentlichen Gesundheitsdienst bereitgestellt, um die Versäumnisse der vergangenen Jahre auszugleichen, wichtig ist aber für die kommunalen Träger auch über 2026 hinaus ein angemessener finanzieller Ausgleich für den Personal- und Sachkostenaufwuchs.

Die Krise zeigt somit im Ergebnis ein Gesundheitssystem, das seit Jahren kaputtgespart wurde, während Profit und Effizienz den Gesundheits- und Pflegebereich bestimmten. Hier hat die Politik versagt. Und auch der enorme Nachholbedarf beim Ausbau der digitalen Infrastruktur ist uns in der Krise vor Augen geführt worden.

Kommunen brauchen eine bessere Finanzausstattung statt neuer finanzieller Hilfen

Die Corona-Krise hat für die kommunalen Haushalte erhebliche Folgen, womit für die Städte und Gemeinden einschneidende Folgen vorprogrammiert sind. So droht nach den pandemiebedingten Schließungen das wirtschaftliche Ende von gastronomischen Einrichtungen und Einzelhandelsgeschäften, was insbesondere in den Innenstädten sichtbar sein wird. Bereits jetzt sind die Steuereinnahmen der Kommunen eingebrochen und die finanziellen Belastungen zum Beispiel durch Mehrausgaben für Hygienemaßnahmen gestiegen. Dieses finanzielle Ungleichgewicht wird auch zukünftig die kommunalen Haushalte bestimmen und die Planungsunsicherheit ist trotz Corona-Konjunkturpaket aus 2020 angesichts der dynamischen Entwicklung in der Krise groß. Die Übernahme der Gewerbesteuerausfälle für 2020 darf deshalb auch kein einmaliger Akt bleiben. Insbesondere die Eigenbetriebe der Kommunen sind betroffen, da sie nicht an den Hilfsprogrammen des Bundes teilhaben dürfen. Die Einnahmeausfälle in den Bereichen Kultur, ÖPNV, Schwimmbäder und Kitas belasten damit die kommunalen Haushalte

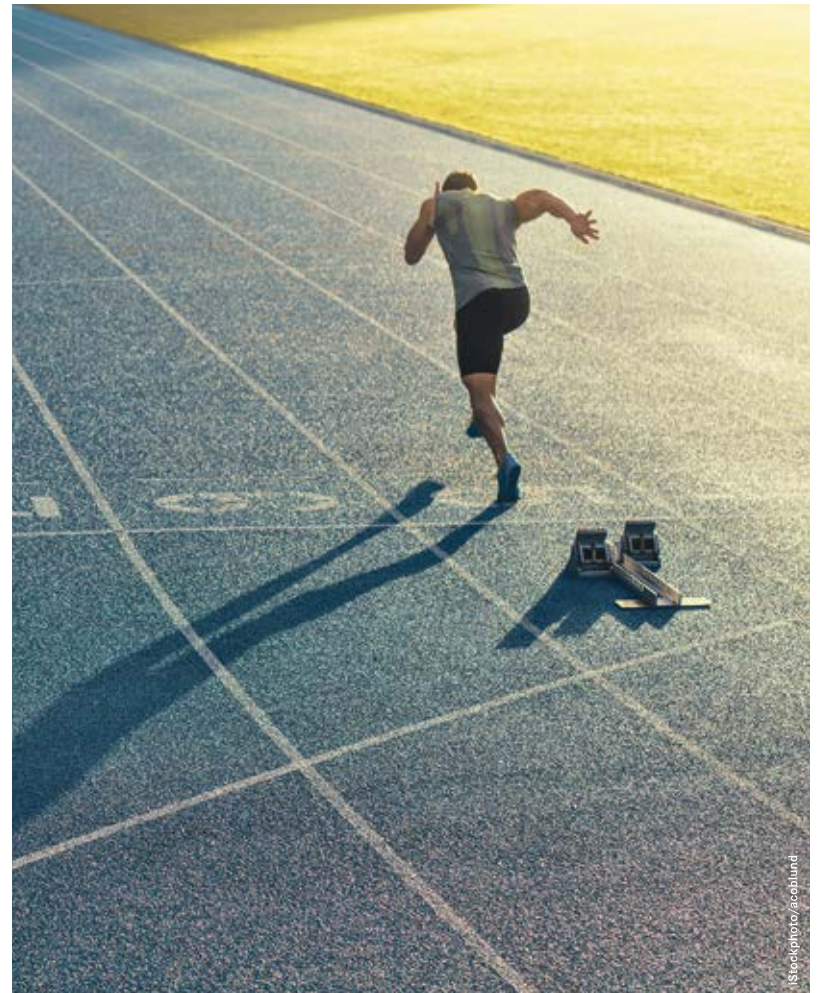
zusätzlich und Liquiditätsengpässe sind hier vorprogrammiert. Die Kommunen werden im Ergebnis all dessen auch für die nächsten Jahre auf zusätzliche Finanzhilfen angewiesen sein. Ohne einen weiteren Rettungsschirm zum Ausgleich von Einkommens- und Gewerbesteuerverlusten werden die Kommunen die notwendigen Investitionen nicht auf den Weg bringen können, die wiederum notwendig sind, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. DIE LINKE fordert bereits seit Jahren eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer, die die Einnahmen der Städte und Gemeinden nachhaltig stärken würde. Ohne eine nachhaltige Verbesserung der Kommunalfinanzen sind Investitionen in kommunales Eigentum dauerhaft auf Hilfen von Bund und Land angewiesen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf – wenn nicht in der Reform der Kommunalfinanzen, dann in Form eines kommunalen Investitionsprogramms.

Altschuldenregelung für Kommunen

Und auch die Altschuldenfrage, die gerade strukturschwächere Kommunen betrifft, ist noch nicht gelöst. Hier ist eine Länderlösung gefragt. Hessen hat mit der Hessenkasse ein eigenes Programm aufgelegt. DIE LINKE hat im Landtag dazu eine Debatte angestoßen, die darauf abzielt, mithilfe der Investitionsbank ein eigenes Programm zur Unterstützung der Kommunen aufzulegen.

Misstände wurden in der Krise deutlich

Vor allem die Schwächsten der Gesellschaft sind von der Corona-Krise stark getroffen worden. Viele Leistungen, insbesondere für Kinder, sind nicht mehr angekommen, da Einrichtungen geschlossen oder Angebote weggefallen sind. So konnten zum Beispiel durch die Schließung von Kitas und Schulen die im Bildungs- und Teilhabepaket vorgesehenen Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für Kinder oft nicht mehr abgerufen werden, und die Kommunen waren leider nicht



in der Lage, schnell und großzügig Alternativen aufzuzeigen, wie Gutscheine oder Liefermöglichkeiten.

Die Corona-Pandemie hat noch einen weiteren Missstand in der Gesellschaft deutlich gemacht – die Konzeptionslosigkeit im Bildungsbereich. Seit langem redet die Politik von der Digitalisierung im Bildungswesen, doch die Pandemie hat schonungslos aufgezeigt, dass es sowohl an der digitalen Infrastruktur als auch an überzeugenden Konzepten für den Online-Unterricht fehlt. Dabei darf man auch nicht vergessen, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler so gut ausgestattet sind, dass sie von zu Hause aus online unterrichtet werden können. Die Kommunen als Schulträger müssen auch diese Aufgabe stemmen. Dank des Digitalpakts werden in den nächsten Jahren in den Städten und Gemeinden Millionen für die digitale Ausstattung der Schulen ausgegeben. Vernachlässigt werden darf dabei aber nicht, dass damit ein weiterer finanzieller Aufwuchs verbunden ist. Denn es wird weiterhin die Aufgabe der Kommunen und Schulträger sein, Betrieb, Support und Wartung der Technik in den Schulen sicherzustellen.

In jeder Krise liegen bekanntlich auch Chancen, und so hat die Pandemie den Städten und Gemeinden den dringend notwendigen Digitalisierungsschub nolens volens verpasst. Zukünftig werden wohl weniger Büroflächen benö-

tigt und Verkehrsströme werden sich infolgedessen verändern. Die Innenstädte stehen nicht nur aufgrund des Online-Handels vor einem grundlegenden Wandel. All dies wird das Leben in den Kommunen beeinflussen.

Vermögensabgabe gegen Corona-Schulden

Die Corona-Pandemie hat die Staatschulden anwachsen lassen. Spätestens nach den Bundestagswahlen wird die Frage, wer die Folgen der Corona-Krise bezahlt, beantwortet werden müssen. Ab 2022 soll die Schuldenbremse wieder gelten. Der Staat kann entweder sparen und damit Ausgaben drastisch kürzen oder aber seine Einnahmen – also Steuern – erhöhen. Damit stellt sich die Frage nach einer gerechten Verteilung der Folgekosten. Wir fordern eine mit dem Grundgesetz im Einklang stehende Vermögensabgabe. Diese Abgabe würde einmalig für Milliardäre und Multimillionäre erhoben, soll über 20 Jahre in Raten abbezahlt werden und würde weniger als ein Prozent der Bevölkerung betreffen.

Langfristig kommt niemand daran vorbei, die Frage zu beantworten, wie die Kosten der Krise bewältigt werden sollen und wer damit schlussendlich zur Kasse gebeten wird. Sie als Wähler:in werden dafür bei den Wahlen die Weichen stellen.

Silke Wolf

Ich habe eine typische Biographie wie viele andere Ostdeutsche auch. In Südbrandenburg aufgewachsen, habe ich die Polytechnische Oberschule besucht, das Abitur gemacht und dann ging es nach Görlitz zur FH für Binnenhandel. Meinen Abschluss als

Diplom-Ökonomin habe ich noch geschafft, dann kam die Wende. Der Fachhochschulabschluss wurde nicht anerkannt. Also habe ich mit Tochter, damals ein Jahr alt, berufsbegeleitend in der Finanzverwaltung eine Ausbildung zur Verwaltungsfachwirtin



Silke Wolf
Direktkandidatin im Wahlkreis 2
Gardelegen-Klötze
Jahrgang 1967
verheiratet, drei Kinder

absolviert. Anschließend wurde ich im Prüfungsdienst des Finanzamtes eingesetzt; Unternehmen von A wie Apotheke bis Z wie Zirkus waren mein Arbeitsgebiet. Nach fünf Jahren im Beruf konnte ich den Antrag auf Anerkennung meines Abschlusses stellen und war nun Diplom-Betriebswirtin (FH). Das Finanzamt, in dem ich gearbeitet hatte, wurde aufgelöst, weil der Einwohnerschwund zu groß war.

Ich lernte meinen Ehemann kennen und zog nach Sachsen-Anhalt. Hier erkannte Sachsen-Anhalt die Ausbildung von Brandenburg nicht an. Meine Söhne wurden geboren und ich begann wieder zu arbeiten, und zwar an der Kasse eines Lebensmittel-discounters mit 3,25 Euro Stundenlohn. Die Einstellung einer Mutter mit zwei Kleinkindern kam für andere Unternehmen nicht in Betracht.

Zur Politik bin ich gekommen, weil ein Kindergarten geschlossen werden sollte. Dankbar bin ich heute noch, dass eine Eventfirma aus Oebisfelde mir die Chance bot, im Büro zu arbeiten. Ich bewarb mich als ehrenamtliche Bürgermeisterin in Oebisfelde und wurde 2008 gewählt. 2010 kam dann die Gebietsreform, d. h. der Zusammenschluss von 16 Ortschaften und zwei Rathäusern zu einer Gemeinde. Nun zahlte sich der Verwaltungsabschluss aus. Es lief, trotz Einführung Doppik, ganz gut – bis der größte Steuerzahler der Gemeinde nach einer Prüfung seinen Firmensitz rückwirkend in Nieder-

sachsen hatte. Gewerbesteuer-rückzahlung für vier Jahre in Höhe von 9 Millionen Euro. Damit begann die Konsolidierung, das Streichen von Investitionen, das Kaputtsparen in allen Bereichen. Ich wurde nicht wiedergewählt.

Nun arbeite ich in einer Bundesverwaltung für Wasserstraßen – Stichwort Mittellandkanal – in Niedersachsen. Ich pendle jeden Tag über die Landesgrenze.

Was kann ich an Erfahrungen mitbringen? Ich war LAG-Vorsitzende »Rund um den Drömling«, wo ich immer noch Mitglied bin, und kenne viele Projekte, die realisiert worden sind. Als Kreistagsmitglied arbeite ich u. a. noch in der Regionalplanung und bin als Stadträtin mit den kommunalen Strukturen vertraut. Die Bandbreite der Aufgaben und Probleme in den Gemeinden und Kreisen kenne ich seit vielen Jahren.

In Aufsichtsräten unserer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft und bei der Oebisfelder Wasser und Abwasser GmbH habe ich sieben Jahre lang wertvolle Erfahrungen sammeln dürfen.

Einsetzen will ich mich für einen kostenfreien Schülerverkehr, eine flächendeckende Versorgung mit Allgemein- und Fachärzt:innen sowie mit Krankenhäusern und Pflegediensten; außerdem für Investitionen in die Infrastruktur, um den Modernisierungstau zügig abzubauen.

Bildung – Schulen brauchen Verlässlichkeit

Über Jahre hinweg gibt es im Altmarkkreis Salzwedel eine kontinuierliche Bildungsarbeit. Es ist gelungen, in den letzten Jahren in der Schulentwicklungsplanung alle Schulen zu erhalten und zu sanieren. Gegenwärtig ist der Altmarkkreis dabei, die Digitalpakete umzusetzen, wobei es eine Empfehlung des Bildungsausschusses gab, nicht ausgesuchte Schüler:innen mit Notebooks auszurüsten, sondern mehr und mehr mit Klassensätzen zu arbeiten. Dafür muss natürlich ein schnelles Internet als Voraussetzung vorhanden sein. In der Schülerbeförderung gibt es mit der PVGS eine gute Abstimmung.

Das sind allerdings nur Rahmenbedingungen, die vom Landkreis geschaffen wurden. Größere Defizite gibt es in der inhaltlichen Gestaltung der Bildungsarbeit. Alle Kolleg:innen geben ihr Bestes, das heißt, sie geben mehr als 100 Prozent.

Aber das Land hat versäumt:

- ausreichend Ausbildungsplätze für pädagogisches Personal zu schaffen;
- ausgebildetes Personal wird nicht ausreichend eingestellt – man lässt es abwandern;

■ aufgrund fehlenden Personals hat sich die Klassenstärke erhöht, was nicht förderlich ist für die individuelle Entwicklung der Kinder;

■ viele Lehrer:innen werden in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen, ohne dass ausreichend Nachwuchs vorhanden ist, der von deren Erfahrungen profitieren könnte;

■ vom Land muss es spezifische Vorgaben für die Schulentwicklungsplanung geben, damit der jetzige Bestand an Schulen im ländlichen Raum langfristig gesichert bleibt (Sekundarschulen und Gymnasien);

■ die Forderung, alle Kinder per Stichtag einzuschulen, darf nicht ausnahmslos gelten;

■ pädagogisches Personal an Schulen, Horten und in Kindereinrichtungen (Kitas, Jugendclubs, Freizeiteinrichtungen u. ä.) muss nach gleichem Tarif bzw. gleichen Eingruppierungen entlohnt werden.

Die Forderungen des Volksbegehrens **»Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!«** machen wir uns zu eigen, mit allen Verbündeten zusammen.

Angelika Scholz

Jugendarbeit ist eine Pflichtaufgabe

Die Arbeit in den Jugendclubs ist von Fördermitteln und dem Wohlwollen der politischen Entscheidungsträger von der kommunalen bis zur Bundesebene abhängig. Über den Treffpunkten für Kinder und Jugendliche schwebt ständig die Gefahr der Schließung. Das Land muss in der Kinder- und Jugendarbeit für eine verlässliche Finanzierung sorgen. Aufgabe der pädagogischen Mitarbeiter:innen in den Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sind nicht nur Angebote zur Gestaltung un-

terschiedlichster Freizeitaktivitäten, sondern sie vermitteln in ihrer Arbeit gleichzeitig demokratische Werte und stehen im Kampf gegen extremistisches Gedankengut mit an vorderster Front. Gerade in der heutigen Zeit, in der Rechtsradikale offensiv in jede Lücke drängen, die sich ihnen bietet, ist eine professionelle, flächendeckende und kontinuierliche Jugendarbeit essentiell wichtig, um Jugendliche vor Beeinflussung durch menschenverachtende Ansichten zu schützen.



Für einen öffentlichen Klinikverbund kommunaler Krankenhäuser

Eine Lehre aus der Corona-Pandemie steht aus unserer Sicht schon fest: Das Gesundheitssystem muss wieder auf einer stabilen Basis stehen. Konzerne kaufen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen – diese Entwicklung hat in Sachsen-Anhalt enorm zugenommen mit fatalen Folgen. Um darüber miteinander ins Gespräch zu kommen, trafen sich Holger Waack, Oberarzt in Aschersleben und Betriebsrat in der dortigen Ameos-Klinik, und der LINKEN-Politiker Gregor Gysi.

Gysi: Herr Oberarzt, ich beobachte schon lange, dass sich Ameos als Privatkonzern gerade in Sachsen-Anhalt an den ehemaligen Kreiskrankenhäusern massiv bedient, um mit der Krankenversorgung Gewinne zu maximieren. In Ihrem Krankenhaus werden die Beschäftigten unterdurchschnittlich bezahlt. Von 600 Euro weniger als in öffentlichen Kliniken ist dort die Rede. Tarifverhandlungen lehnt das Unternehmen ab. Noch schlimmer, Sie als Betriebsrat sollten zwischenzeitlich aus der Klinik geworfen werden.

Waack: Ja, das stimmt. Ich habe mich allerdings erfolgreich gegen diese Maßnahmen gewehrt und werde wei-

terhin für faire Löhne streiten. Die Gehaltsunterschiede zwischen privaten und öffentlichen Krankenhäusern sowie in Ost und West sind eklatant. Abwanderung ist die Folge. Deshalb ist der Arbeitskampf der Beschäftigten für einen Tarifvertrag so wichtig. Ameos, mittlerweile an zehn Standorten in Sachsen-Anhalt präsent, zeigt, wie wichtig es ist, künftige Privatisierungen konsequent zu verhindern.

Gysi: Mit einer Privatisierung steigt der eh schon starke Druck des wirtschaftlichen Handelns in den Kliniken weiter an. Die Privatisierung hat immer zum Ziel, Gewinn zu machen und zu steigern und Kosten niedrig zu halten. Fließt kein Gewinn mehr, werden die Häuser geschlossen. Die Krankenhäuser sind durch die politischen Rahmenbedingungen zu Rendite-Objekten geworden statt zu Orten der Gesundheitsversorgung.

Waack: Genau. Und durch die Prämisse der Gewinnmaximierung verkommt bei vielen privaten Klinikbetreibern die Gesundheitsleistung am Patient zur Ware. Das Personal wird ausgedünnt und schlecht bezahlt. Ameos selbst wirbt Fachkräfte aus den benachbar-



ten EU-Ländern an, um den Weggang langjähriger Kolleginnen und Kollegen zu kompensieren. Dann wird argumentiert, der Weggang von Fachkräften entspräche der natürlichen Fluktuation. Die Klinik-Kette Ameos stand aus meiner Sicht bislang für Tariffucht, für ungleiche Gehälter bei gleicher Arbeit.

Gysi: Die Pandemie hat noch einmal sehr deutlich gezeigt: In einem Krankenhaus muss man sich vornehmlich um Gesundheit kümmern, nicht um Profite. Dafür braucht die Gesundheitsversorgung eine stabile Finanzierung durch die öffentliche Hand sowie eine klare politische Zuständigkeit, um private Klinikbesitzer wenigstens zu prüfen.

Waack: Wir brauchen eine Tarifbindung für alle an der klinischen Patientenversorgung Beteiligten. Das schließt Pflegekräfte und ärztliches, aber auch nicht medizinisch tätiges Personal ein. Die Löhne müssen sich an denen des öffentlichen Dienstes orientieren. Die Beschäftigten brauchen finanzielle Sicherheit, um sich gut um Patienten kümmern zu können.

Gysi: Ja, Tarifverträge wären wichtig. Aber sie fallen nun einmal nicht vom Himmel. Das Pflegepersonal muss in die Gewerkschaften zurückkehren, dazu gehören im Übrigen auch die Ärzte. Woran liegt es eigentlich, dass sie sich oftmals den Streiks oder kollektiven Tarifverhandlungen entziehen?

Waack: Die privaten Kliniken wollen die Mitbestimmung des Personals verhindern. Die Beteiligung der Ärzteschaft an den Streiks zu Jahresbeginn 2020 ließ auch in Aschersleben sehr zu wünschen übrig. Viele Ärztinnen und Ärzte werden außertariflich bezahlt, was dazu führt, dass die Solidarität unter den Ärzten und zwischen den Be-

rufungsgruppen immer weiter abnimmt. Leider denken viele nur an sich statt an die gesamte Belegschaft.

Gysi: Als wenn das alles nicht schon schlimm genug sei, gab es im Pandemie-Jahr 2020 sogar Schließungen von Kliniken. Und das in einer äußerst belastenden Situation für das Gesundheitssystem und alle Menschen. Die durch die Krise hervorgerufenen Mehrkosten im Gesundheitsbereich sollen, so ein Vorschlag des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn, die öffentlichen Krankenversicherungen zahlen und damit jeder einzelne Beitragszahler – das heißt am Ende wieder weniger Netto vom Brutto statt Tarifverträge und Krisenzuschlag.

Waack: Ich bin sehr traurig darüber. Wir als Betriebsräte sind gut vernetzt untereinander und waren bestürzt, als im letzten Jahr in Havelberg das einzige Krankenhaus vollständig geschlossen wurde. Der private Investor sah es vermutlich als lukrativer an, die medizinische Versorgung zugunsten von Pflegeeinrichtungen aufzugeben. Solche Managemententscheidungen im Gesundheitswesen haben, nicht nur in Sachsen-Anhalt, krankenhaushfreie Regionen zur Folge.

Gysi: Der Artikel 2 des Grundgesetzes steht für den Schutz der psychischen und physischen Gesundheit eines jeden Menschen ein. Von einer Zweiklassen-Gesellschaft bei der Gesundheitsversorgung ist dort keine Rede. Gleiche Arbeit muss auch gleich bezahlt werden, egal ob als Angestellte im privaten Unternehmen oder öffentlichen Dienst. Die Kette der Unruhen unter dem Klinikpersonal in Sachsen-Anhalt muss mit zeitgemäßer, an Tarife gebundener Bezahlung beantwortet werden. Das Outsourcing muss ebenfalls beendet werden.



Wir müssen den Teufelskreis durchbrechen

Die Altmark hat bis heute viel ungenutztes Potenzial, da das Interesse der Landesregierung an den Bürgerinnen und Bürgern, die nördlich der A2 leben, mit jedem Kilometer abnimmt.

Die Altmark verliert seit 30 Jahren massiv an Einwohner:innen, sodass die Infrastruktur immer weiter heruntergefahren wird. Nicht nur Mediziner:innen und Lehrer:innen fehlen, auch in den Ausbildungsberufen finden Firmen keine Bewerber:innen, obwohl viele Unternehmen mittlerweile den Arbeitnehmer:innen gute Konditionen bieten.

Die Altmark befindet sich in einem Teufelskreis. Je mehr Menschen, vor allem junge, die Region verlassen, desto mehr wird die Infrastruktur in allen Bereichen ausgedünnt oder verfällt mit dem Ergebnis, dass noch mehr Menschen der Altmark den Rücken kehren. Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn das Land Geld in die Hand nimmt und in die Zukunft der Altmark und des ländlichen Raumes investiert. Wichtig für Jung und Alt ist eine gute medizinische Versorgung vor Ort, ohne zu Fachärzt:innen weite Fahrten nach Magdeburg oder Hamburg in Kauf nehmen zu müssen. Doch für die Beseitigung des Ärztemangels muss das Land aktiv werden und nicht

nur darauf vertrauen, dass sich selbständige Mediziner:innen schon ansiedeln werden. Durch die Privatisierung des Krankenhausesektors geht es auch bei kommunalen Einrichtungen immer mehr um Wirtschaftlichkeit, doch Gesundheit ist keine Ware.

Um Fachkräfte in die Altmark zu holen, setzen immer mehr Kommunen auf Stipendien, die junge Menschen nach ihrem Studium an die Region binden sollen. Grundsätzlich sind solche Stipendien ein guter Ansatz, sie schaffen aber andererseits einen Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen, in denen die finanzstarken Städte und Kreise im Vorteil sind. Um diesen Konkurrenzkampf zu beenden, muss das Land ein Stipendien-Programm auflegen, damit die Altmark insgesamt, vor allem aber der ländliche Raum eine attraktive Wohn- und Arbeitsregion für Mediziner:innen und auch Lehrer:innen wird.

Die Altmark ist für mich eine Region, die gegenüber Großstädten auch punkten kann. Der Wohnraum ist günstig, es gibt viel Natur und Freiräume, um Träume aktiv zu verwirklichen. Eigentlich könnte es eine ideale Region sowohl für Senior:innen als auch junge Familien sein. Bisher aber tut die Landesregierung zu wenig, um den Abwärtstrend



Marco Heide,
Direktkandidat im Wahlkreis 1
Salzwedel, Jahrgang 1988,
verheiratet, eine Tochter.
Mitglied des Salzwedeler Stadtrates,
Mitglied des Aufsichtsrates der Wohnungsbaugesellschaft Salzwedel,
Mitglied des Kreisvorstandes Altmarkkreis Salzwedel
DIE LINKE, Vorsitzender der Kickerfreunde Salzwedel

umzukehren. Ich möchte im Landtag dafür kämpfen, dass sich das ändert und mich für Sie und die Menschen im Wahlkreis 1 dafür einsetzen, dass die Altmark mit einer gerechten und sozialen Politik die positive Trendwende schafft.

Bodenspekulationen stoppen!

Unser Altmarkkreis wird maßgeblich durch die landwirtschaftliche Produktion geprägt. Auch wenn es für viele Menschen wahrscheinlich nicht so augenscheinlich ist, so sind doch die meisten Landwirte bemüht, ihre Arbeit im Einklang mit der Natur und dem Tierschutz zu organisieren. Oftmals kommt das einer Gratwanderung gleich, weil ökonomische und politische Zwänge ihren Entscheidungsrahmen einengen. Die Agrarpreise werden, trotz ständiger Lippenbekenntnisse der Landes- und Bundesregierung, dies zu ändern, von ALDI und Co. bestimmt. Die Agrarminister:innen haben langatmig über die Einführung kostendeckender Agrarpreise diskutiert. Dabei blieb es jedoch. Anträge der LINKEN, die diese Forderung aufgriffen, wurden auf Bundes- und Landesebene zerredet und abgeschmettert. Dennoch, wir bleiben am Ball.

Der Boden, die Grundlage für landwirtschaftliche Produktion, ist für viele Betriebe kaum noch finanzierbar. Die Bodenpreise sind in den zurückliegenden Jahren regelrecht explodiert und mit der eigentlichen landwirtschaftli-



Spekulation

chen Wertschöpfung nicht mehr abzudecken. Auch im Altmarkkreis sind immer mehr Agrarflächen in die Hände von landwirtschaftsfremden Investoren gefallen. Diese Investitions- und Bodenpreispolitik bedroht immer stärker die Existenzgrundlage vieler ortsansässiger Agrarbetriebe. Deshalb haben wir eine besondere Verantwortung für den Schutz des Bodens und die Sicherung der Produktionsgrundlage für diejenigen, die ihn bewirtschaften und vor Ort leben. Bodenspekulation und profitgetriebene Geschäftsmodelle

müssen zurückgedrängt werden. Der von den Koalitionsfraktionen in den Landtag eingebrachte Gesetzentwurf zum Agrarstrukturgesetz ist dafür aber völlig untauglich. DIE LINKE wird sich deshalb auch künftig für weitergehende Entscheidungs- und Eingriffsrechte der Landkreise und der Ämter für Landwirtschaft und Flurneueordnung zur konsequenten Umsetzung des Grundstücks- und Landpachtverkehrsgesetzes einsetzen. Bestehende Regelungslücken sind zu schließen, um den Bodenmarkt strenger zu regulieren und damit den Ausverkauf des Bodens an nichtlandwirtschaftliche Investoren zu stoppen. *Hans-Jörg Krause*

Impressum

Wahlzeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021
Herausgeberin:
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Landesgeschäftsführerin
Sabine Krems-Jany (V.i.S.d.P.)
in Zusammenarbeit mit dem
Kreisverband Altmarkkreis
Salzwedel
Erscheinungstermin: April 2021
Auflage: 45 000 Exemplare
kontakt@dielinke-lsa.de
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz:
DiG / Plus GmbH
Druck: Berliner Zeitungsdruck